
299/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 03.12.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Forschungsprogramm über Auswirkungen von GSM/UMTS-Emissionen

Einschlägig forschende Wissenschaftler der Universitäten Wien und Salzburg haben aufgrund von Forschungsversäumnissen Bedenken gegen den *großflächigen* Einsatz der GSM/UMTS - Technologie angemeldet. Die wenigen wissenschaftlichen Daten berechtigen zur Annahme, dass *gesundheitsschädliche Wirkungen von Mobilfunkstrahlung, insbesondere bei Kindern eher wahrscheinlich sind. Die derzeitigen Grenzwerte schützen nur vor thermischen Wirkungen der Mobilfunkstrahlung. Zum Schutz vor den nichtthermischen Wirkungen gibt es keinerlei wissenschaftlich abgesicherte Grenzwerte oder Empfehlungen. Sowohl die WHO als auch die EU haben sich des Themas angenommen. Soferne neue Technologien kollektive Risiken bergen, deren Auswirkungen auf die Gesundheit nicht abgeklärt sind, ist das Vorsorgeprinzip anzuwenden und damit politisches Handeln gefragt.*

Angesichts der Forschungsversäumnisse sind aufgrund der fahrlässigen Bewilligungspraxis der Sendeanlagen spätere Amtshaftungsansprüche an die Republik nicht auszuschließen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird aufgefordert, ein Forschungsprogramm über die Auswirkungen von GSM- und UMTS-Emissionen unter folgenden Rahmenbedingungen in Auftrag zu geben:

1. Gründung eines unabhängigen Forschungsfonds, Dotierung aus Mitteln der Lizeinnahmen des Bundes und der Mobilfunklizenznehmer im Verhältnis 50:50
2. international abgestimmte österreichische Forschungstätigkeit mit ressortübergreifendem Forschungsschwerpunkt „Gesundheitsvorsorge bei elektromagnetischen Feldern“ und „Untersuchung biologischer Wirkungen elektromagnetischer Strahlungen und Phänomene“
3. *bei der Vergabe von Forschungsmitteln sind, um Interessenskollisionen möglichst auszuschließen, von der Mobilfunk-Industrie und den Betreibern unabhängige Wissenschaftlerinnen zu bevorzugen*

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuss vorgeschlagen.